

Kirchliches Amtsblatt

der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs

Nr. 5/6

22. Juni 1988

ISSN 0232-4172

9) G. Nr. 402.00 /16-1

Verordnung

zur Ergänzung von § 34 des Pfarrerdienstgesetzes des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 28. September 1982

vom 11. März 1988

Aufgrund von Artikel 13 Absatz 2 der Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hat die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR beschlossen:

§ 1

Pfarrer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben - bei Frauen das 55. Lebensjahr -, erhalten jährlich einen zusätzlichen Erholungsurlaub von 5 Kalendertagen.

§ 2

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Buckow, den 11. März 1988

Der Vorsitzende der Konferenz der
Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR
gez. Dr. Leich

10) G. Nr. 142.01 /1

In der Zusammensetzung der Kirchenleitung

der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs (Kirchliches Amtsblatt 1983, Seite 82) sind folgende Veränderungen eingetreten.

Zu 1. Anstelle des bisherigen Präses der Landessynode, Siegfried Wahrmann, ist der neugewählte Präses Dr. Ing. Hans-Joachim Bartsch, Karl-Marx-Straße 96, Rostock 2500, getreten.

Zu 2. Auf den dadurch freigewordenen Platz eines von der Landessynode gewählten Mitgliedes der Kirchenleitung ist Herr Hartmut Schenke, Kastanienallee 6, Alt Karin 2561, nachgewählt worden.

Schwerin, den 14. April 1988

Der Oberkirchenrat

Müller

11) G. Nr. 236.00 /5

Stellenplan für Kreiskatecheten

Die Kirchenleitung hat am 16. Mai 1988 folgenden Stellenplan für Kreiskatecheten in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs bestätigt:

Kirchenkreis Güstrow

Kirchenkreis Malchin

Kirchenkreis Parchim

Kirchenkreis Rostock Land /Kirchenkreis Rostock Stadt

Kirchenkreis Schwerin

Kirchenkreis Stargard

Kirchenkreis Wismar.

Schwerin, den 25. Mai 1988

Der Oberkirchenrat

Dr. Eckart Schwerin

12) Muchow Verwaltung

Strukturveränderungen in Kirchengemeinden

Die seit dem 1. Januar 1974 verbundenen Kirchengemeinden Muchow und Werle werden mit Wirkung vom 1. Juni 1988 vereinigt.

Der Name der Kirchengemeinde lautet Kirchengemeinde Muchow.

Schwerin, den 25. Mai 1988

Der Oberkirchenrat

Siegert

13) G.Nr. 342.01 /35/1

Hinweis

Im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der Pare-Diözese der Ev.-Luth. Kirche in Tansania und der Ev.-Luth. Kirche in Mecklenburg ist es verschiedentlich auf Gemeindeebene zu Kontakten gekommen entweder durch Briefwechsel oder durch den Besuch von Pastoren der Pare-Diözese in Mecklenburg.

In den Gemeinden wird gefragt, wie von hier im Rahmen der Partnerschaft geholfen werden kann.

Die Beauftragte für die Partnerschaft der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs mit der Pare-Diözese der Ev.-Luth. Kirche in Tansania Frau Wegener, Thomas-Müntzer-Straße 1, Neustrelitz 2080, gibt Auskünfte.

Informationen geben auch Propst Maercker, Marienkirchhof 3, Wismar 2400, und Pastor Wanckel, Kirchenplatz 11, Gnoien 2052.

Über Hilfsmöglichkeiten für die Partnerkirche "Pare-Diözese" in Tansania hat das Amt für Gemeindedienst, Hansenstraße 5, Güstrow 2600, ein Merk-

blatt zusammengestellt. Dies Merkblatt gibt auch die erforderlichen Hinweise für den Postversand.

Anfragen können an das Amt für Gemeindedienst gerichtet werden.

Schwerin, den 9. März 1988

Der Oberkirchenrat

Siegert

PERSONALIEN

Übertragung einer Pfarrstelle:

Der Pastorin Ariane Baier in Schwerin ist die Pfarrstelle in der Kirchgemeinde Groß Brütz zum 1. April 1988 übertragen worden.

Groß Brütz, Prediger /145-2

Dem Pastor Walter Pingel in Wulkenzin ist die freigewordene Pfarrstelle in der Kirchgemeinde Altkalen zum 1. August 1988 übertragen worden.

Altkalen, Prediger /183-5

Handreichung für den kirchlichen Dienst

Die Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hat eine Ausarbeitung

" ZUM GEBRAUCH DES BEGRIFFES KIRCHE IM SOZIALISMUS "

herausgegeben, die wir nachstehend veröffentlichen.

Vorbemerkung

Im Februar 1981 gab die Theologische Studienabteilung eine Sammlung von Texten "Zum Gebrauch des Begriffes 'Kirche im Sozialismus'" heraus, die von der damaligen Referentin für Weltanschauungsfragen, Ruth Zander, erarbeitet worden war (Informationen und Texte des Referats Weltanschauungsfragen Nr. 5). Sie bietet - in zeitlicher Abfolge und synoptisch einander zugeordnet - Äußerungen von Vertretern des Staatsapparates und der Synoden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR aus den Jahren 1969 bis 1980.

Inzwischen ist die Formel "Kirche im Sozialismus" mehr als 15 Jahre im Gebrauch, gleichwohl kommt die Diskussion um ihre Interpretation und Verwendung nicht zur Ruhe. Daher gab der Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der Theologischen Studienabteilung "eine bis in die Gegenwart fortgeschriebene Neuauflage" in Auftrag, die hiermit als Nr. 15 der Informationen und Texte des Referats Weltanschauungsfragen vorgelegt wird. In ihrem ersten Teil ist die frühere Nr. 5 unverändert wiedergegeben, im zweiten Teil sind - dem synoptischen Schema des ersten folgend - Texte aus den Jahren 1981 bis 1987 zusammengestellt.

Dabei unterscheiden sich die kirchlichen Aussagen von denen des ersten Teils in dreifacher Hinsicht: Zitiert werden keine Erklärungen von

Bundessynoden, die in der Regel nur noch die früheren rezipieren, ohne wesentlich Neues zu erbringen, sondern Äußerungen von Einzelpersonen, die zudem meist profilierter und deshalb anregender zum Nach- und Weiterdenken sind. Aus dem gleichen Grund, und um wenigstens etwas von den Kontroversen widerzuspiegeln, wurden nicht nur programmatische Spitzensätze, sondern auch kritische Anfragen und polemische Gegenstimmen aufgenommen. Schließlich fanden auch Aussagen Verwendung, die nicht aus dem Bereich des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR stammen, um die ökumenische Wirkungsgeschichte der Formel immerhin anzudeuten.

Gelegentlich wurden Texte herangezogen, in denen von der "Kirche im Sozialismus" nicht *expressis verbis*, durchaus aber der Sache nach die Rede ist.

Wie schon in der ersten Ausgabe von 1981 geht es nicht um vollständige Dokumentierung, die angesichts der Fülle von Äußerungen ohnehin nicht mehr möglich ist, sondern um das Aufzeigen eines möglichst breiten und charakteristischen Spektrums von Positionen und Tendenzen. Daß das dazu erforderliche Auswahlverfahren nicht frei ist von subjektiven Momenten, dafür werden einsichtige Leserinnen und Leser Verständnis aufbringen, ebenso für Mißverständnisse und Mißdeutungen, die sich ergeben können, wenn Texte aus ihrem jeweiligen Kontext herausgenommen oder zusammengeschnitten werden. Entsprechenden Bedenken und Einwänden kann nur mit der Bitte begegnet werden, die vorliegende Textsammlung als Arbeitshilfe zu betrachten und zu benutzen: Sie will an die zitierten Materialien heranzuführen, kann deren Originallektüre aber nicht ersetzen.

Manfred Punge

Zum Gebrauch des Begriffes "Kirche im Sozialismus"

Teil 1: 1968 - 1980 - Ruth Zander (Februar 1981)

Die vorliegende Information möchte darstellen, wie der so oft benutzte Begriff "Kirche im Sozialismus" in staatlichen bzw. gesellschaftlichen und in kirchlichen Aussagen verwandt wird.

Zu diesem Zweck sind zeitlich parallele Äußerungen staatlicher Vertreter und von Synoden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengestellt worden.

Diese Dokumentation erhebt nicht den Anspruch, die Überlegungen zum Verständnis von "Kirche im Sozialismus" inhaltlich weiterzuführen. Aber sie könnte dazu dienen, zu solchen weiterführenden Diskussionen anzuregen, indem sie einfach den Stand der Debatte markiert und bisherige Einsichten und Einverständnisse bewußt macht.

Eine Untersuchung über den Begriff "Kirche im Sozialismus" macht deutlich, daß er erst dann benutzt wird, als bestimmte Grundlagen geschaffen und ein bestimmter Entwicklungsstand erreicht sind. Das gilt für seinen Gebrauch sowohl auf staatlicher als auch auf kirchlicher Seite. Dieser Stand ist einerseits mit der Schaffung der sozialistischen Verfassung der DDR (1968) und zum anderen mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1969) gegeben.

Bevor in einer Synopse die Verwendung des Begriffes "Kirche im Sozialismus" in staatlichen bzw. gesellschaftlichen und in kirchlichen Äußerungen ab 1969 dargestellt wird, soll ein Blick auf seine Grundlagen gerichtet werden, die beim Kommuniqué vom 21. 7. 1958 und bei der Staatsrats-erklärung Walter Ulbrichts vom 4. 10. 1960 angesetzt werden können.

In der Aussage des Kommuniqués von 1958 "Die Kirchen respektieren die Entwicklung zum Sozialismus" (1) sieht man von staatlicher und gesell-

schaftlicher Seite in den folgenden Jahren bis zur neuen Verfassung (1968) die Grundlage für normale Beziehungen zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche (z.B. Gerald Götting am 9. 2. 1967 in Burgscheidungen (2), Heinrich Töplitz am 20. 2. 1967 in der Beratung des Gesetzes über die DDR-Staatsbürgerschaft) (3).

Die Staatsratserklärung vom 4. 10. 1960 spricht vom wachsenden Verständnis für die Ziele und Aufgaben der sozialistischen Gemeinschaft seitens der evangelischen Kirchen in der DDR (4). Walter Ulbricht prägte dabei die Formel, daß Christentum und humanistische Ziele des Sozialismus keine Gegensätze seien. Diese Gedanken werden von ihm auch im Gespräch mit Professor Emil Fuchs und einer Gruppe von Christen am 9. 2. 1961 unterstrichen (5).

Nach dem Bericht des ZK der SED an den VII. Parteitag 1967 beobachtet die SED nicht nur wachsendes Verständnis für die Ziele der sozialistischen Gesellschaft in der Kirche, sondern stellt fest: Die Mehrheit der religiös gebundenen Bürger und viele Amtsträger der Kirche nehmen an der allseitigen Stärkung des sozialistischen Staates beim umfassenden Aufbau des Sozialismus teil (6).

Dieser Parteitag empfiehlt auch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, da die gesellschaftliche Entwicklung so weit vorangeschritten sei, daß der Aufgabe der sozialistischen Gesellschaftsordnung zur Hauptaufgabe geworden ist.

Im Januar 1968 wird der Verfassungsentwurf einschließlich einer Begründung Walter Ulbrichts in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. In der Begründung nimmt er auch Stellung zu den Kirchen, Die Kirchen ihrerseits beteiligen sich an der Diskussion um den Verfassungsentwurf.

1968

Den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften gewährleistet der Verfassungsentwurf eine gute, aber auch die einzig mögliche Plattform der weiteren Entwicklung ihrer Beziehungen zum sozialistischen Staat" (aus der Begründung des Verfassungsentwurfs) (7).

Dieser Satz wird in der Verfassungsdiskussion von Gerald Götting (8. 2. 1968) (9), im schriftlichen Bericht über die Ergebnisse der Diskussion (22. 3. 1968) (10) und vor dem 12. Parteitag der CDU (Oktober 1968) (11) wiederholt. Er wird für die nächste Zeit entscheidend für das Verhältnis von Staat und Kirche.

Aus dem Interview von Bischof Mitzenheim mit der Neuen Zeit Anfang Februar 1968: "Wir wollen nicht Kirche gegen den Sozialismus sein, sondern Kirche für die Bürger in der DDR, die in einer sozialistischen Gesellschaft mit ungekränktem Gewissen Christen sein und bleiben wollen" (8).

Stellungnahme der Bischöfe der evangelischen Landeskirchen zum Verfassungsentwurf in einem Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates vom 15. 2. 1968 (Brief aus Lehnin): "Als Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik und als Christen gehen wir davon aus, daß nach dem durch deutsche Schuld begonnenen Krieg nun auf dem Boden der deutschen Nation zwei deutsche Staaten bestehen. ... Als Bürger eines sozialistischen Staates sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen. ..." (12)

1969

Im Februar 1969 stellten Staatssekretär Seigewasser und Gerald Götting

in Burgscheidungen fest, daß die Anerkennung der neuen Verfassungswirklichkeit Ausgangspunkt für Überlegungen der Kirche in ihrem Verhältnis zum sozialistischen Staat ist. Seigewasser gebrauchte hier erstmals den Begriff "Kirche im Sozialismus" im Zusammenhang damit, daß sich über 99 % der wahlberechtigten DDR-Bevölkerung für die sozialistische Verfassung entschieden haben: Die Männer der Kirche sollten daraus "die Schlußfolgerung ableiten, daß sie dem geistlichen Auftrag der Kirche im Sozialismus nur dann gerecht werden ..., wenn sie den Sozialismus und seine humanistische Staatspolitik, insbesondere seine Außenpolitik nicht negieren." (13)

Mit Interesse werde beobachtet, daß sich in der Kirche die Kräfte mehren, "die aus der Verfassung für die Existenz der Kirchen im Sozialismus vernünftige Schlußfolgerungen zu ziehen bereit sind." (14)

Diese Aussagen von Seigewasser und Götting beziehen sich offenbar auf die inzwischen erfolgte Zustimmung der 8 Landeskirchen der DDR und ihrer Synoden zum geplanten Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (bis Ende 1968).

Am 10. Juni 1969 war die Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Kraft getreten, und vom 10. bis 14. September 1969 fand die konstituierende Sitzung der ersten Synode des Bundes in Potsdam-Hermannswerder statt.

Auf diese Entwicklung beziehen sich dann auch die Ausführungen Hermann Materns Ende September 1969.

Hermann Matern spricht zum 20. Jahrestag der DDR vor CDU-Funktionären Ende September 1969 von der Diskussion innerhalb der Kirchen über ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft: "Gegenwärtig wird in den Landeskirchen der DDR darüber diskutiert, welchen Platz die Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft einnehmen" (15).

Auch Gerald Götting erwähnt in der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der DDR (6. 10. 1969) diese Schlußfolgerung, die sich aus der Verfassungswirklichkeit ergebe (16).

Die Rede Materns (wie auch die Aussagen zur neuen Verfassung) macht deutlich, daß Kirche im Sozialismus zunächst einen geographischen Aspekt hat, wenn von der Herstellung der vollen kirchenorganisatorischen und kirchenrechtlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Landeskirchen der DDR gegenüber den westdeutschen Kirchen und der Westberliner Kirche gesprochen wird.

1970

Aber nach der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR werden Forderungen an die inhaltliche Füllung des Begriffes "Kirche im Sozialismus" gestellt.

Auch der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ist sich nach seiner Gründung bewußt, daß die Kirchen über den Inhalt des Begriffes "Kirche im Sozialismus" nachdenken müssen.

So fordert Gerald Götting in seiner Rede am 9. 2. 1970 in Burgscheidungen eine "Neubesinnung auf die Verantwortung, die die Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft für Dienst und Zeugnis in ihrem eigenen Bereich, aber auch gegenüber der Ökumene tragen." (17)

In der Stellungnahme des Bundes bei der Tagung in Potsdam-Hermannswerder Ende Juni 1970 heißt es: "Der Bund wird sich als eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR bewähren müssen." (18)

1971

Grundsätzliche Ausführungen über Kirche im Sozialismus machte Paul Verner am 9. 2. 1971 in Burgscheidungen und legte damit den Grundstein für die seitdem verfolgte staatliche Kirchenpolitik:

- Im Prozeß ihrer Verselbständigung haben die Kirchen "der Tatsache Rechnung getragen, daß sie in einem sozialistischen Staat existieren" (19)
- Eine wesentlich Voraussetzung "konzeptioneller Überlegungen über die Kirche im Sozialismus besteht darin, daß man von der real existierenden sozialistischen Gesellschaftsordnung ausgehen muß" (20). Ein geregeltes Verhältnis zwischen dem sozialistischen Staat und den Kirchen "bedeutet selbstverständlich nicht ein beiderseitiges Aufgeben ideologisch-weltanschaulicher Auffassungen" (21).
- Es sollte Klarheit darüber geschaffen werden, "daß die Kirche weder zwischen den Fronten des Kapitalismus und des Sozialismus noch in 'kritischer Distanz' zu unserem Staatswesen stehen kann. Nur auf dem Boden unseres sozialistischen Staates, seiner Verfassung und seiner gesellschaftlichen Ordnung werden die Kirchen ihre Tätigkeit zum Wohle der Gemeindeglieder durchführen können". (22)
- Je "eindeutiger und positiver" die Kirche ihr Verhältnis zum Sozialismus gestaltet, umso weniger wird sie "der Gefahr ausgesetzt sein, in Widerspruch zu vielen ihrer Anhänger zu geraten, die als Bürger ihres Staates sich dem Sozialismus verbunden fühlen und alles zu seiner Stärkung tun". (23)
- Eine Kirche, die die humanistischen Ziele und die Friedenspolitik des sozialistischen Staates bewußt unterstützt, ... wird den sozialistischen Staat ermuntern, ihr größeres Vertrauen entgegenzubringen". (24)

Verner erklärte in der gleichen Rede: " Es hat zwar eine Verpreußung der evangelischen Kirchen und nationalistische, ja sogar faschistische Verfälschungen der christlichen Botschaft gegeben - eine 'Sozialisierung' der christlichen Lehre hat es bisher nicht gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben". (25)

Gerald Götting forderte in derselben Veranstaltung dazu auf, die sachgemäßen Überlegungen über inhaltliche Probleme der Existenz von Christen und Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft zu intensivieren.

Die Eisenacher Bundessynode im Juli 1971 war um die inhaltliche Füllung des Begriffs "Kirche im Sozialismus" bemüht. Es heißt im Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Synode:

"Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der DDR wird ihren Ort genau zu bedenken haben: In dieser so geprägten Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie. Sie wird die Freiheit ihres Zeugnisses und Dienstes bewahren müssen." (26)

1972

Die Forderung nach sachgemäßen Überlegungen wurde von Gerald Götting auf dem 13. Parteitag der CDU 1972/Okttober konkretisiert:

Die Kirchen müssen ihren Weg unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen (sozialistische Gesellschaft ist dauerhaft, völkerrechtliche Verbindlichkeit der Grenzen, internationales Kräfteverhältnis, Aktivität von Gemeindegliedern beim Aufbau des Sozialismus). Kirchen im Sozialismus haben es mit Gemeindegliedern zu tun, die in der sozialistischen

Gesellschaft ihre Bürgerpflicht und ihre Christenpflicht tun.

Nach der rechtlichen Verselbständigung müssen die Kirchen ihr Selbstverständnis als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft in einem sozialistischen Staat verwirklichen. (27)

Die Vokabeln Neuorientierung, Verselbständigung, Selbstverständnis werden in der Folgezeit wichtig für die staatliche Begrifflichkeit von Kirche im Sozialismus.

1973

Die Bundessynode im Mai 1973 in Schwerin beschäftigte sich eingehend mit dem, was Kirche im Sozialismus inhaltlich meint.

"Wir sind Bürger eines sozialistischen Staates und Glieder einer sozialistischen Gesellschaft. ... 'Wir wollen nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein'. Diese Formel ist von unserem staatlichen Partner zustimmend aufgenommen und noch dahin präzisiert worden, daß es eine 'Sozialisierung der christlichen Lehre bisher nicht gegeben hat und auch in Zukunft nicht geben werde' (Paul Verner). Das bedeutet doch wohl auch, daß es eine 'sozialistische Kirche', eine 'sozialistische Theologie', oder ähnliches nicht geben kann. Von daher wäre es abwegig, von den Kirchen oder Christen zu erwarten, nachträglich zu einzelnen politischen Maßnahmen fromme Begründungen zu liefern oder billige Akklamationen abzugeben.

In der Tat: Kirche im Sozialismus wäre die Kirche, die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde hilft, daß sie einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens finden und bemüht sind, das Beste für alle und für das Ganze zu suchen. Kirche im Sozialismus wäre eine Kirche, die auch als solche in derselben Freiheit des Glaubens bereit ist, dort, wo in unserer Gesellschaft menschliches Leben erhalten und gebessert wird, mit vollem Einsatz mitzutun, und dort, wo es nötig ist, Gefahr für menschliches Leben abwenden zu helfen. Es kann sich, wie sich gezeigt hat, ergeben, daß Christen im Lichte der Verheißung Gottes und unter seinem Gebot Probleme und Nöte in Welt und Gesellschaft anders sehen, als sie von anderen Voraussetzungen gesehen werden, oder Fragen hören, die andere nicht so hören." (28)

1975

Die Ergebnisse der Neuorientierung der Kirche würdigte der Staatssekretär für Kirchenfragen auf der Veranstaltung des Nationalrates der Nationalen Front zum 30. Jahrestag der Befreiung (15. 4. 1975). Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen brachte er den ökumenischen Aspekt des Engagements von Christen und Kirchen im Sozialismus ein. "Daran (sc. Aktion 'Brot für die Welt', Beteiligung am Antirassismus-Programm) wird verheißungsvoll deutlich, zu welchen neuen Ufern das Engagement von Christ und Kirche im Sozialismus vorstoßen kann." Die Kirchen seien als Partner in der ökumenischen Arbeit in dem Maße gefragt, "in welchem sie ihre positiven Erfahrungen als Kirche im Sozialismus artikulieren und besonders den Kirchen der jungen Nationalstaaten zur Verfügung stellen können." Die Kirchen haben gerade durch die Leistungen der Christen für die sozialistische Gesellschaft "im Vollzug dieses täglichen Vorbildes ... ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft gefunden". (29)

1976

Die Bundessynode in Züssow im September 1976 warnte vor der Gefahr, daß "Kirche im Sozialismus" zur bloßen Formel wird. Dazu heißt es im Bericht des Berichtsausschusses:

"Die Synode des Bundes hat in Eisenach Überlegungen zum Weg unserer Kirche formuliert. Seitdem ist 'Kirche im Sozialismus' unter uns ein oft gebrauchtes Wort. Es besteht die Gefahr, daß es zu einer bloßen Formel wird. Dann entstehen trennende Mißverständnisse. Das Nachdenken über die Frage, wie wir Kirche im Sozialismus sein können, muß intensiver werden. Unser Auftrag ist ständig neu zu überdenken, mit Inhalt zu füllen und in der Nachfolge zu bewähren. Er muß immer wieder in der Freiheit und Bindung, die aus dem Evangelium kommt, durchdacht und durchgehalten werden. Wir sind gewiß, daß die Bewegung, in die uns das Evangelium mitnimmt, Kirche in der jeweiligen Gesellschaft zu sein, richtig ist." (30)

1977

Mit diesen Gedanken setzte sich die Görlitzer Bundessynode im Mai 1977 wie überhaupt mit dem Begriff "Kirche im Sozialismus" eingehend auseinander. Der Konferenzbericht widmete "Kirche im Sozialismus" einen umfangreichen Abschnitt. Ausgangspunkt des Berichtes ist die Eisenacher Formel von 1971: "In Zeugnis- und Dienstgemeinschaft lernen, was es heißt: Nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus zu sein. ..."

"So wird das Wort von der Bundessynode in Eisenach gewöhnlich zitiert. Die Formel ist handlich, aber sie sollte durch die entsprechende im Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen interpretiert werden: 'Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik wird ihren Ort genau zu bedenken haben: in dieser so geprägten Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie.' Wir haben es konkret mit der sozialistischen Gesellschaft der DDR zu tun.

... Für unser Verhältnis als Kirche zum Staat benötigen wir allgemein anerkannte Koexistenzformeln wie die von Eisenach.

Es geht um die Koexistenz von Menschen und in menschlichen Gemeinschaften, nicht um die Übereinstimmung von Ideen und Grundanschauungen. ...

Das Wort 'Kirche im Sozialismus' droht zur Leerformel zu werden, wenn nicht das Gegenüber zu einem falschen 'Gegen' oder 'Neben', wie in Eisenach 1971, im Blick bleibt und wenn es nicht immer mehr mit konkretem Inhalt gefüllt wird." (31)

An dieser Stelle wird die Aussage von Züssow 1976 angeführt, und es wird an das Bemühen um weitere Konkretisierung in Schwerin 1973 erinnert.

Die Antwort der Bundessynode auf diese Ausführungen im Konferenzbericht:

"Der Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen nimmt im 2. Teil die Formulierung 'Kirche im Sozialismus' auf. Er erinnert daran, daß sie als Ortsbestimmung 'in einer so geprägten Gesellschaft' verstanden werden muß und auf den Bundessynoden jeweils konkretisiert wurde. Wir halten es für wesentlich, daß die Formulierung 'Kirche im Sozialismus' immer neuer Auslegungen bedarf, die Markierungspunkte für den Weg setzen, auf dem uns das Evangelium führen will." (32)

1978

Welche Möglichkeiten die Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft haben, wurde vom Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Gespräch mit dem Vorstand der Konferenz der Kirchenleitungen am 6. 3. 1978 so

gesehen:

"Den Kirchen als Kirchen im Sozialismus eröffnen sich heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an diesen zutiefst humanistischen Zielen (gemeint hier: Wachstum, Wohlstand, Stabilität, Frieden). Wir gehen von der Beteiligung aller Bürger am Werk des Sozialismus aus, das im gesellschaftlichen wie im individuellen Interesse liegt." (33)

Dieser Satz wird von Erich Honecker im Mai 1978 vor der 8. Tagung des ZK der SED im Abschnitt seines Berichts über das Gespräch vom 6. März zitiert. (34)

Auf der Bundessynode im September 1978 in Berlin ging auch der Bericht der Konferenz auf das Gespräch am 6. März ein:

"Die Vertreter der Konferenz beschrieben den Auftrag der Kirche im Sozialismus, die in der Freiheit, die aus der Bindung des Glaubens kommt, zum Handeln für alle Menschen bereit ist. ... Auch bei einem klaren Standort als Kirche im Sozialismus kann diese Kirche nie eine sozialistische Massenorganisation werden. Denn sie ist und bleibt zuerst und zuletzt Kirche des einen Herrn Jesus Christus." (35)

1979

In Burgscheidungen (23. 2. 1979) bekräftigte Staatssekretär Seigewasser: "Christliche und kirchliche Existenz" gehören "zur Normalität des realen Sozialismus." (36)

Gerald Götting ging in derselben Veranstaltung auf die Impulse ein, die vom 6. 3. 1978 zur Ausgestaltung des Platzes der Kirche in der sozialistischen Gesellschaft ausgingen. Er wies auch auf das gebrochene Verhältnis der Kirchen zu demokratischen Traditionen in früheren Jahren hin. Hier bringe die sozialistische Gesellschaft für die Kirche ebenfalls eine neue Situation.

Von den Theologen der DDR erwarte man Arbeiten, die den "Kirchen helfen können, die neuen Probleme christlicher Existenz im Sozialismus geistig und geistlich zu bewältigen." (37)

Die Bundessynode im September 1979 in Dessau brachte im Konferenzbericht einen Rückblick auf 10 Jahre Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, darunter auch über das Miteinander in der sozialistischen Gesellschaft.

"Wir dürfen glauben, daß auch die sozialistische Gesellschaft unseres Landes unter unserem Herrn Jesus Christus steht. Hier ist unser Auftragsfeld und unsere Dienstchance, das Evangelium von der freien Gnade Gottes weiterzugeben. Das ermutigt uns auch, mit konkreten Erwartungen für die Menschen und unsere Kirchen dazu beizutragen, die in der sozialistischen Gesellschaft gegebenen Möglichkeiten eines gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen. Christen sind zu praktischer Mitarbeit gerufen, um konstruktiv und freimütig in Solidarität das Beste für das Ganze zu suchen. Wir wollen in den Gemeinden dazu helfen, diesen Weg in der Freiheit und Bindung des Glaubens zu gehen. In der Formel 'Kirche im Sozialismus' ist dies zum Ausdruck gebracht worden. ...

Die Kirchen haben ihren Weg in der sozialistischen Gesellschaft der DDR klarer ins Auge gefaßt, und sie haben Aussagen dazu gemacht. Von staatlicher Seite sind Klarstellungen zum Verhältnis von Staat und Kirche erfolgt, die die kirchlichen Institutionen und den einzelnen Christen vor Ort einbezogen haben. ... Die Suche unserer Kirchen nach Weg und Auftrag in unserer Gesellschaft wurde als 'Standortbestimmung' gewertet und wurde respektiert." (38)

Staatssekretär Seigewasser unterstrich in einer Veranstaltung zum 30. Jahrestag der DDR (12.9.1979) und auf dem Empfang für das Präsidium der Bundessynode in Dessau (22.9.1979), daß die Eigenständigkeit der evangelischen Kirchen in der DDR zum Selbstverständnis der Kirche als "Kirche im Sozialismus" wesentliche Impulse gegeben hat und die Freiheit ermöglicht, in eigener Weise die Haltung in der und zur sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu bestimmen. (39)

1980

Auch der neue Staatssekretär Gysi bestätigte, daß der Weg des 6. 3. 1978 sich bewährt habe und richtungweisend für die Mitwirkung der Kirchen beim Aufbau des Sozialismus bleibt:

"Unter diesen Voraussetzungen (gemeint sind die Grundlinien der Staatspolitik) und auf dieser Grundlage vollzieht sich die Herausarbeitung des Selbstverständnisses der Kirche als 'Kirche im Sozialismus'" (Burgscheidungen im Februar 1980). (40)

Weitere ähnliche Aussagen finden sich im Laufe des Jahres. Auch unter den gegenwärtigen Belastungen soll der am 6. 3. 1978 eingeschlagene Weg als langfristige Grundlage "konstruktiv" fortgesetzt werden.

Das Gespräch vom 6. 3. 1978 spielte auch im Bericht der Konferenz an die Bundessynode 1980 im September in Leipzig eine Rolle.

Es wird zwar nicht der Begriff "Kirche im Sozialismus" gebraucht, aber es werden doch dazu einige grundsätzliche Überlegungen angestellt, die in Verbindung mit dem 6. 3. stehen. Notwendig erscheint die Überprüfung des Gebrauchs bestimmter Schlüsselbegriffe auf beiden Seiten. Drei solcher Begriffe werden hervorgehoben:

- "Trennung von Staat und Kirche". Dabei ist festzuhalten: " Die klare Trennung von Staat und Kirche und die Beibehaltung dieses Grundsatzes sind selbstverständliche Voraussetzungen aller Überlegungen, die zu dem Gespräch (6. 3.) führten, gewesen. Es gibt kein neues Bündnis von 'Thron und Altar'."

- "Eigenständigkeit" gemeint als dem "Auftrag der Kirche entsprechende Wahrnehmung der Verantwortung". Der Bericht weist ausdrücklich auf die positive Aufnahme dieses Begriffs durch Staatssekretär Seigewasser beim Empfang in Dessau hin, auf dem er von dem Vertrauen, daß "jeder die Identität des anderen respektiert", sprach.

Sein Nachfolger Klaus Gysi habe diese Linie weitergeführt, "als er das Verhältnis von Staat und Kirche als konstruktives Zusammenwirken und vom Respektieren unterschiedlicher Standpunkte gekennzeichnet charakterisierte".

- Der Begriff "Partnerschaft" soll ein Verhältnis von Staat und Kirche beschreiben, "das durch die Respektierung der jeweiligen Eigenständigkeit gekennzeichnet ist". Partnerschaft könne aber nicht eine Gleichartigkeit auf der institutionellen Ebene bedeuten.

Dieser Begriff solle "das Element der Teilgabe und Teilnahme an gesellschaftlichen Beratungs- und Entscheidungsprozessen" bewußthalten. "Partnerschaft schließt auch Meinungsverschiedenheiten ein." ...

Partnerschaft "vollzieht sich in einem dynamischen und konstruktiv-kritischen Prozeß, für den Toleranz und die Möglichkeit, sich in angstfreier Offenheit äußern und mit seiner Identität und seinen Gaben einbringen zu können, kennzeichnend sind". (41)

Anmerkungen

- (1) Auf dem Wege zur gemeinsamen humanistischen Verantwortung. Eine Sammlung kirchenpolitischer Dokumente 1945 - 1966. Union-Verlag Berlin. 1967, S. 35
- (2) Auf dem Wege der sozialistischen Menschengemeinschaft. Eine Sammlung von Dokumenten zur Bündnispolitik und Kirchenpolitik 1967 - 1970. Union Verlag Berlin. 1971, S. 103
- (3) a.a.O. S. 107
- (4) Auf dem Wege zur gemeinsamen humanistischen Verantwortung ... S. 37
- (5) a.a.O. S. 44 ff
- (6) Auf dem Wege der sozialistischen Menschengemeinschaft ... S. 113
- (7) a.a.O. S. 15
- (8) a.a.O. S. 19
- (9) ebd.
- (10) a.a.O. S. 27
- (11) a. a. O. S. 182
- (12) Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1968, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn. Gütersloh 1970, S. 181
- (13) Auf dem Wege der sozialistischen Menschengemeinschaft ... S. 207
- (14) a.a.O. S. 211
- (15) a.a.O. S. 55
- (16) a.a.O. S. 261
- (17) a.a.O. S. 278/79
- (18) Kirchliches Jahrbuch ...1970, Gütersloh 1972. S. 301
- (19) Paul Verner / Gerald Götting: Christen und Marxisten in gemeinsamer Verantwortung. Union Verlag Berlin 1971, S. 37
- (20) a.a.O. S. 40
- (21) a.a.O. S. 41
- (22) a.a.O. S. 43
- (23) a.a.O. S. 44
- (24) a.a.O. S. 44
- (25) a.a.O. S. 37
- (26) Kirchliches Jahrbuch 1971 ... Gütersloh 1973, S. 354
- (27) 13. Parteitag der CDU Erfurt 11.-14.Oktober 1972. Bulletin 1, S.116/117
- (28) Mitteilungsblatt des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR Nr. 3/1973, S. 38
- (29) Neue Zeit Nr. 90 vom 17. April 1975
- (30) 4. Tagung der 2. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Vorlage 20, S. 3
- (31) Mitteilungsblatt des Bundes ... Nr. 3/4 - 1977, S. 19
- (32) a.a.O. S. 24

- (33) Mitteilungsblatt des Bundes ... Nr. 3/4 - 1978, S. 26
- (34) Aus dem Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des ZK der SED. Berichterstatter Erich Honecker, Neues Deutschland vom 25. Mai 1978
- (35) Mitteilungsblatt des Bundes ... Nr 5/6 - 1978, S. 59
- (36) Tradition und Verpflichtung: Für das Wohl des Menschen und das Glück des Volkes - Christliche Demokraten als Mitgestalter des sozialistischen deutschen Staates. Bericht über die Tagung des Hauptvorstandes der CDU am 23. 2. 1979 in Burgscheidungen. S.21
- (37) a.a.O. S. 18
- (38) Mitteilungsblatt des Bundes ... Nr. 5/6 - 1979. S. 38, S.41
- (39) ena XXXII/39 vom 26. 9. 1979, S. 16/17
- (40) Tradition und Verpflichtung. 35 Jahre Befreiung von Krieg und Faschismus - befreit zum Dienst am Frieden und am gesellschaftlichen Ganzen. Bericht über die Tagung des Hauptvorstandes der CDU am 21. 2. 1980 in Burgscheidungen. S. 31
- (41) 4. Tagung der 3. Synode des Bundes ... vom 19. - 23. 9. 1980. Vorlage 2, S. 10/11.

Zum Gebrauch des Begriffes " Kirche im Sozialismus"

Teil 2: 1981 - 1987 - Manfred Punge

In erstaunlich kurzer Zeit hat die Formulierung "Kirche im Sozialismus" ihren festen Platz im kirchenpolitischen Vokabular im Bereich des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und darüber hinaus gefunden. Fast immer, wenn von Kirchen und Christen in der DDR oder auch in anderen sozialistischen Ländern die Rede ist, findet sie - mit oder ohne Führungszeichen - Anwendung. In ihr scheinen die Rahmenbedingungen für die Existenz dieser Kirchen und ihre Bemühungen um die eigene Standort- und Aufgabenbestimmung in knappster Form auf den Begriff gebracht zu sein. Auch Staatsvertreter gebrauchen sie - vielleicht nicht ganz so häufig und selbstverständlich wie Bischöfe, Synoden und Kirchenleitungen. In der Ökumene hat sie sich schnell eingebürgert: immer wieder wird von Besuchern aus anderen Ländern nach der "Kirche im Sozialismus" gefragt. Eine seit 1975 in Berlin-West erscheinende "Zeitschrift zu Entwicklungen in der DDR" hat das Kürzel "KiS" zu ihrem Titel und Markenzeichen gemacht. Selbst im katholischen Raum zeigen sich neuerdings Tendenzen, mit ähnlich lautenden Wendungen - bei gleichzeitiger Wahrung einer gewissen "Eigenständigkeit" gegenüber dem protestantischen Sprachgebrauch - eine Situationsbeschreibung vorzunehmen. (1)

Schon die Erklärungen der Bundessynoden in Eisenach 1971 und in Schwerin 1973 (2), aus denen sich die formelartige Fassung "Kirche im Sozialismus" entwickelte, legten es nahe, das Hauptaugenmerk auf die verwendeten Präpositionen zu legen: "... nicht neben, nicht gegen ..." und vor allem das vieldiskutierte "im".

Für die einen ist das "im" eine viel zu weitgehende Bestimmung, die Formel "Kirche im Sozialismus" daher abzulehnen. Denn eine Kirche, die sich ihre Lage und Aufgabe durch den Zusatz "im Sozialismus" zu definieren versucht, vollzieht die Kapitulation vor dem sozialistischen Staat DDR, in dem sie Jahre hindurch nur abseitsstehend und ablehnend - eben "neben" und "gegen" - zu "überwintern" gedachte, bis zur Wiederherstellung "normaler Zustände" am "Tage X". Wie schon oft in ihrer Geschichte, geht sie nun daran, sich in den veränderten

Verhältnissen allmählich wieder einzurichten, den neuen Machthabern Sympathie und Loyalität zu bekunden und sich zur Kooperation anzubieten - letztlich nichts anderes als eine neue Variante des alten "Thron und Altar"-Denkens. (3) Jedoch indem sie das tut, liefert sie sich - vielleicht ohne es zu merken - mehr und mehr dem sozialistischen Staat aus, läßt sich von ihm benutzen und mißbrauchen. Sie verrät ihre eigene Sache und wird unglaubwürdig. "Die Kirche gibt sich auf ... Den Gläubigen entgeht der Widerspruch zwischen dem Gotteswort und dem gottlosen Staat nicht ... Sie gehen, weil sie die anpasserische Verweltlichung der Kirche nicht ertragen können." (4)

"Kirche im Sozialismus" - das ist, wie eine Tageszeitung in der BRD vor einiger Zeit meinte, eine "fatale Formel", "die den kommunistischen Staat zur Vereinnahmung der Kirche geradezu einlade." (5)

Viel zu blaß und zu unscharf dagegen war das "im" für diejenigen, die aus theologischen und/oder politischen Gründen an einer positiveren Bestimmung des Verhältnisses der Kirchen "zum" Sozialismus gelegen war, wenn schon nicht in der klaren Option eines "für", so doch wenigstens in der zurückhaltenden Tendenz des Briefes der Bischöfe aus Lehnin (1968): "Als Staatsbürger eines sozialistischen Staates sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen." (6) Kritisch wird von ihnen eingewandt, "Kirche im Sozialismus" sei doch nicht mehr als eine simple Ortsbestimmung, "kaum mehr als die höchst banale Feststellung einer Tatsache. Es existiert ja - Gott sei Dank! - ohnehin im Sozialismus eine Kirche. Man muß das nicht erst zum Programm erheben." (7)

Wieder andere, die in aller Vorsicht - als pragmatisch-aufgeschlossen charakterisiert werden können, argumentieren etwa so: "Nicht neben, nicht gegen, sondern im" - das ist zwar nicht sehr präzise, aber - verglichen mit den früheren Konfrontationsstrategien der Ära Dibelius - immerhin eine Basis, auf der sich ein vernünftigerer modus vivendi zwischen Staat und Kirche aushandeln läßt. Sie sehen darin eine brauchbare, taktisch geschickte Formulierung, die fast wie eine Loyalitätserklärung klingt, genau genommen jedoch alles in der Schwebe läßt. Im flott-ironisierenden Stil eines westdeutschen Journalisten wird das kommentiert: "Nicht neben und gegen den Sozialismus, sagen die Bischöfe - und schon mal gar nicht für ihn." So gefaßt, bot die Formel die Ausgangsbasis für das Konzept des "Freiraums": "Die Kirche ist ein Raum, in den man im eigenen Land auswandern kann." (8) Ein marxistischer Beobachter gewinnt den Eindruck, "daß es den evangelischen Kreisen leichter fiel, sich dazu zu äußern, was sie nicht mehr sein bzw. nicht mehr tun wollen, als konkret, ohne Umschweife an die praktische, positive Realisierung ihrer Formel 'Kirche im Sozialismus' heranzugehen. Schon 1982 hat der damalige Vorsitzende des Bundes der Evangelischen Kirchen in unserer Republik, Bischof Schönherr, die Position der Kirche folgendermaßen beschrieben: 'In der sozialistischen Gesellschaft der DDR, das heißt nicht eingeeigelt aber auch nicht als Sammelbecken einer Opposition, nicht ein Stück Antigesellschaft. Ausgeschlossen sind totale Anpassung und totale Verweigerung. Dazwischen muß der Weg gesucht werden. Und eben dieser 'Mittelweg' ist bis heute charakteristisch für die Position der Kirche." Die "genannte Formel trug einen zu allgemeinen Charakter und beantwortet nicht die Frage, wie sich die Kirche exakt ihre konkrete Existenz in der sozialistischen Gesellschaft vorstellt, wie sie gedenkt, ihre Funktionen wahrzunehmen, und wie sich ihrer Meinung nach ihr Verhältnis zum Staat gestalten soll." Sie markiert "nur das Anfangsstadium neuer Überlegungen über ihre Stellung in der sozialistischen Gesellschaft" und führte daher in der Folge "zu einigen Problemen und Widersprüchen in kirchlichen Kreisen." (9)

Schließlich gibt es die am Theologisch-grundsätzlichen Interessierten. Sie interpretieren die Kombination der Präpositionen als sachgemäßen Ausdruck der eschatologischen, nur dialektisch zu fassenden Spannung, in der christliche Existenz zu allen Zeiten und an allen Orten steht. Sie wird charakterisiert durch ein "Zwischen", zu dessen Beschreibung die "klassischen" oder auch neugeprägte Gegensatzpaare verwendet werden: das Reich zur Rechten und zur Linken, Gesetz und Evangelium, Letztes und Vorletztes, Heil und Wohl, Solidarität und Distanz, Donum und Datum u.a.m. (10)

Die verschiedenen Möglichkeiten, mit der Formel "Kirche im Sozialismus" umzugehen, dürften ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, daß sie sich so schnell durchsetzte und bald weite Verbreitung fand. Noch einmal vermochte sie - zumindest eine zeitlang - als Integrationsformel für die seit Ende der 50er Jahre auseinanderdriftenden Gruppierungen innerhalb der DDR-Kirche zu fungieren. Dieses Integrationspotential scheint allmählich erschöpft zu sein. Gewiß ist dabei ein durchaus normaler Verschleißeffekt, bedingt durch häufigen, nicht immer besonders präzisen Gebrauch, im Spiel. (11) Aber damit allein ist der Vorgang nicht ausreichend erklärt. Vielmehr sind die Gründe in der Herausbildung neuer Tendenzen und in Verschiebungen der Kräfteverhältnisse innerhalb der DDR-Kirchen zu suchen.

In den ersten Jahren nach der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR wurden die Bemühungen um - wie es damals hieß - "Standortfindung" eingeleitet und vorangebracht durch prägende Einzelpersonlichkeiten, die sich dem Erbe der "Bekennenden Kirche" verpflichtet wußten. Was sie dabei leitete, war nicht zuerst kirchenpolitisches Kalkül im Blick auf nicht mehr zu übersehende und zu übergehende gesellschaftspolitische Gegebenheiten. Es war vor allem ein theologisches Motiv: Buße, Umdenken, Umkehr, notwendige Neuorientierung nach den Irrwegen deutscher Geschichte und Kirchengeschichte, wie sie am klarsten ausgesprochen worden ist im Darmstädter Wort des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche mit seinem eindringlichen vierfachen "Wir sind in die Irre gegangen ..." (12)

Die gesamtkirchliche Atmosphäre, wie sie heute bei besonderen Veranstaltungen und Ereignissen, in Synoden und Kirchenleitungen und in entsprechenden Meldungen der Medien ihren Niederschlag findet, ist zum großen Teil bestimmt durch das Gegenüber von kirchlichen Institutionen und engagierten Gruppen, die bestimmte gesamtgesellschaftliche Fragen zu ihrem Thema gemacht haben und dafür Öffentlichkeit - zunächst in der Kirche und wenn möglich darüber hinaus in der Gesellschaft - zu gewinnen suchen: Frieden, Umwelt, Emanzipation der Frauen, Integration Homosexueller, Solidarität mit der Zwei-Drittel-Welt u.a. (13).

In die leitenden Positionen und Gremien der Kirche ist inzwischen eine Generation eingerückt, deren "Kirchlichkeit" und Theologie entscheidend geprägt worden ist durch die Erfahrungen der 50er und 60er Jahre. Die Zugehörigkeit zur Jungen Gemeinde oder zur Studentengemeinde hatte damals erhebliche Benachteiligungen der schulischen und beruflichen Ausbildung zur Folge, denen sich nicht wenige durch das Überwechseln in den anderen deutschen Staat zu entziehen suchten (auch ein Teil der Theologiestudenten, die jedoch z.T. noch in den 50er Jahren in die Kirchen der DDR zurückkehrten). Kennzeichnend war ein Denken in Fronten und Feindbildern, zu dem idealisierende Erinnerungen an die "Bekennende Kirche" und den "Kirchenkampf" einen passenden Überbau lieferten. Abgrenzung und Konfrontation gegenüber dem Staat galten als Bekennerium, Differenzierung und gemeinsame Aktionen - etwa gegen Atomwaffen und für eine Friedensordnung in Europa - als Abweichung und Verrat. Hier liegen

die Wurzeln für das Grundmuster der "kritischen Distanz", das lange Zeit kirchliche Positionen bestimmte und im Grunde bis heute in der viel berufenen "Eigenständigkeit" (14) nachwirkt. Dagegen hat die Vision D. Bonhoeffers - obwohl unentwegt zitiert - von einer "Kirche für andere", die "an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens" teilnimmt, nicht herrschend, sondern helfend und dienend", (15) nie wirklich zum Zuge und zum Tragen kommen können.

Anders die Gruppen, die im wesentlichen getragen werden von jüngeren Menschen, geboren nach der Gründung der DDR, großgeworden mit den retuschierten Bildern, wie sie im Bildungswesen und in der Informationspolitik unseres Landes vorherrschen, und den oft in krassem Gegensatz dazu stehenden Alltagserfahrungen im real existierenden Sozialismus, ohne brauchbare Vermittlungen zwischen beiden. Die daraus erwachsenden Widersprüche und Spannungen werden nicht argumentierend, sondern fast ausschließlich reglementierend und indoktrinierend angegangen. Möglichkeiten, sie analysierend zu verarbeiten und auf längere Sicht praktikable Schritte zur Veränderung umzusetzen, werden Jugendlichen - auch im Raum der Kirche - kaum angeboten, und wo sie vereinzelt versucht werden, von ihnen meist nicht angenommen. So bleibt ihnen nur das Beharren auf pauschalen Abwertungen einerseits, das Ausweichen in illusionäre Idealbilder andererseits. Das eine wie das andere verstellt den Blick für das Maß des Möglichen und läßt das in den Gruppen zweifellos vorhandene innovatorische Potential weitgehend ins Leere laufen. Das Ergebnis ist ein stark emotionalisierter "Alles oder Nichts"-Schematismus, der auch auf die Institution Kirche Anwendung findet - deren schützendes "Dach" freilich ständig in Anspruch genommen wird. Im praktischen Lebensvollzug führt er oft zum partiellen oder auch totalen Aussteigen, zur inneren oder in letzter Konsequenz zur äußeren Emigration.

(Die Veröffentlichung dieser Ausarbeitung wird im Amtsblatt Nr. 3/1989 fortgesetzt)

INHALTSVERZEICHNIS

- 9) Verordnung zur Ergänzung von §34 des Pfarrerdienstgesetzes
- 10) Veränderungen in der Zusammensetzung der Kirchenleitung
- 11) Stellenplan für Kreiskatecheten
- 12) Strukturveränderungen in Kirchgemeinden
- 13) Hinweis: Im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen ...

PERSONALIEN

Handreichung für den Kirchlichen Dienst

"Zum Gebrauch des Begriffes Kirche im Sozialismus"
Ausarbeitung der Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen
in der DDR .

Herausgeber: Oberkirchenrat der Ev.-Luth.Landeskirche Mecklenburgs;
Chefredakteur: Pastor Hermann Beste, Münzstraße 8, Schwerin 2751;
veröffentlicht unter Lizenz Nr. 423 des Presseamtes beim Vorsitzenden
des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik. AN (EDV) 13439